

per Fax an 030-9014-8790

**Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14**

**Kirchstraße 7
10557 Berlin**

Velbert, 12.Sept. 2021

VG 27 K 308.14

**Aktenzeichen: OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14,
VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Berlin)**

**Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz und
gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem,
verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn**

wegen

**Politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe**

- > zu bundesweiter Sippenzerschlagung,
- > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung mit Versagung
von Rehabilitierung und Schadenersatz sowie
- > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

**mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für
Deutschland:**

**Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer
übergreifend, Generationen übergreifend**

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der
deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden,

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für
digitale Evolution in Deutschland und Europa**

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden
Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> **unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland**
(vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt) für politisch
motivierte Zerschlagung mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion
2000 (Zerschlagung 1, Klage am Landgericht Wuppertal 2 O 70/15
und hier)

> **unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern**
(vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-
jährigen Treib- und Hetzjagd des verstorbenen Opfers bis in den Tod
(Todesopfer), mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund
unbewältigter NS-Vergangenheit (Zerschlagung 2, Klage am
Landgericht Wuppertal 2 O 163/16 und hier)

> **unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR)** wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung (Zerschlagung 3, Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 und hier)

> **unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers, (Debeka)**, der seit 2010 (über 10 Jahre) unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs und unter Fortsetzung einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Opferkriminalisierung keine Versicherungsleistungen mehr erbringt

> **mit persönlicher Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagungen durch Täter einer best vernetzten Täter-Phalanx**, die sich in zu respektierenden Staatsorganen mit Immunitätsschutz dieser Verantwortung entziehen und die in öffentlich-rechtlichen Institutionen Immunitätsschutz-gleiche Behandlung beanspruchen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>
Scroll down after link (page 154)

Hier: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §146 VwGO gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021 (eingegangen am 16.06.2021) mit Verweis auf Entscheidungsgründe des Gerichtsbescheids vom gleichen Tage

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger und Zerschlagungsoffer/Justizopfer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Opferkriminalisierung und Sippenhaft)

gegen **Bundesrepublik Deutschland**, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin (Beklagte)

Begründung mit fortlaufender Nummerierung:

151. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug. 2021 (1 BvR 1959/21)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an das
Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gemäß
Anlage OVG2021-31 wegen
Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 26.Juni 2021
gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021
nach 24-maliger Anmahnung einer verwaltungsgerichtlichen
Entscheidung seit 2017

**152. Mit 25.Anmahnung einer Entscheidung für das
Zerschlagungsopfer**

nach 24 vergeblichen Anmahnungen seit 2017:

**Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt,
enteignet, entrechtet und versklavt seit 1998
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für
digitale Evolution, für Deutschland und Europa.**

**Weg mit der Berliner Mauer des Schweigens zu politisch
motivierten Zerschlagungen!**

**Weg mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto mit
SCHUFA-Eintragung, ohne Dispo-Kredit, ohne Kreditkarte und
ohne gar nichts!**

**Weg mit Mobilitätsverhinderung in Deutschland, Europa und
weltweit!**

**Schluss mit Opfer verhöhnender Fortsetzung von
unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung durch skrupellose
Sklavenjäger (öffentlich-rechtlicher Rundfunk, ehemaliger
Sozialversicherungsträger)**

**Aufbruch jetzt mit Neuwahl des Deutschen Bundestags und
endlich mit verwaltungsgerichtlicher Entscheidung für das
Zerschlagungsopfer**

**Antragswiederholung auf Rehabilitierung und angemessenen
Schadenersatz durch deutschen Staat, bayerischen Freistaat,
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.**

**Antragswiederholung auf angemessene Wiederaufbauhilfe mit
europäischer Förderung für die Europäischen Congressmessen
mit nachhaltigen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa.**

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich
nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-20-1.pdf>

Scroll down after link

Zu 151. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug. 2021 (1 BvR 1959/21)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gemäß

Anlage OVG2021-31 wegen

Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 26.Juni 2021

gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021

nach 24-maliger Anmahnung einer verwaltungsgerichtlichen

Entscheidung seit 2017

Die Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug. 2021 umfasst 1508 Seiten inkl. Anlagen in den Kapiteln **BVERFG-01 bis BVERFG-04** und den **Kapiteln 138 bis 145** der sofortigen Beschwerde und den **Kapiteln 146 bis 148** der Anhörungsrüge:

BVERFG-01. Sofortige Beschwerde gemäß §146 VwGO vom 26.Juni 2021 gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021 (eingegangen am 16.06.2021) mit Verweis auf Entscheidungsgründe des Gerichtsbescheids vom gleichen Tage, Kapitel 138 bis 145 der sofortigen Beschwerde (Anlage VB-VGB01) Anhörungsrüge nach §152a VwGO vom 22.Juli 2021 wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde und Verfassungsbeschwerde wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge Kapitel 146 bis 148 der Anhörungsrüge (Anlage VB-VGB02)

BVERFG-02. „Bürger sind keine Untertanen“, so

Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,

Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).

Opfer-Anspruch auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zur bundesweiten Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort,

zu unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> unter persönlicher Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (Zerschlagung 1)

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (Zerschlagung 2)

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

> wegen unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung durch klagenden Sozialversicherungsträger (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, Zerschlagung 4)

- > wegen Rechtsschutz gegen überlange Gerichtsverfahren ohne rechtsanwaltliche Unterstützung infolge staatlich erzwungener Altersarmut
- > wegen Rechtsschutz gegen Opfer kriminalisierende Zwangsmaßnahmen mit Täter/Opfer-Umkehr infolge staatlich erzwungener Altersarmut etc.
- > wegen einer zunehmenden, Opfer verhöhnenden Sklavenjagd einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung diskriminierender, diskreditierender und diffamierender Zwangsmaßnahmen

BVERFG-03. Entwürdigend, Opfer verhöhnend und verfassungswidrig entsprechend Art.1 Abs.1 GG:

Politisch motivierte Sklavenhaltung (Bürger sind keine Untertanen) mit Zerschlagung der Mobilität seit 1998

- > Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

**zur bundesweiten Sippenzerschlagung,
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998**

- > Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
- > unter persönlicher Verantwortung der regierenden Generation mit Immunitätsschutz seit 1998:
 - > **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005, heute Putin-Berater)
 - > **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005, heute Bundespräsident)
 - > **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-2021 mit GroKo-Kabinetten)
 - > **Bayerischer Staatsminister Markus Söder** (2007-2018, heute Ministerpräsident)

- > Gerichtsverfahren am laufendem Bande seit 2010 nach Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen seit 2010, mit orgienartiger Ausuferung parallel und hintereinander, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsrue, ohne rechtsanwaltliche Unterstützung

- > Reduzierung der Gerichtsverfahren auf Zerschlagungsjustiz, mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung durch Täter/Opfer-Umkehr, ohne rechtliches Gehör für Rehabilitierung und Schadenersatz

- > Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten (Berlin, Düsseldorf, Regensburg) bis zum Bundesverfassungsgericht

- > Gerichtsverfahren an Amtsgerichten (Velbert, Mettmann) und Landgerichten (Wuppertal) bis zum Bundesverfassungsgericht

- > Gerichtsverfahren an Sozialgerichten (Düsseldorf) bis zum Bundesverfassungsgericht

BVERFG-04. Anzugreifende Hoheitsakte dieser Verfassungsbeschwerde

Verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör wegen Nicht-Bescheidung einer sofortigen Beschwerde und wegen Nicht-Bescheidung einer anschließenden Anhörungsrüge: Verstoß gegen das Prozess-Grundrecht gemäß Art.103 Abs,1 GG

Verfassungswidrig wegen massiven Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK bzw. Art.1 Abs.1 GG und Art.2 Abs.1 GG iVm Rechtsstaatsprinzip).

Verfassungswidrig, weil politisch motivierte Sklavenhaltung durch Gerichte übergreifende Verfahren einer best vernetzten skrupellosen Haupttäter-, Mehrfachtäter- und Mittäter-Phalanx: entwürdigend, Opfer verhöhnend, persönliche Freiheit verletzend (Art.2 Abs.1 und Art.2 Abs.2 GG)

Widerstandsrecht nach Art.20 Abs.4 GG, da keine Abhilfe gegen politisch motivierte Sippenzerschlagung seit 1998 und wegen verwaltungsgerichtlichen Verfahren seit 2011 trotz ständiger Anmahnungen der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung, hier seit 2017 gemäß Anlage OVG2021-03 (24 mal vergeblich angemahnt) wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung, zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Zerschlagung der Mobilität zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung wegen gigantischer, Deutschland schadender, verfassungswidriger Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Zu den **Kapitel 138 bis 145** der sofortigen Beschwerde und den **Kapitel 146 bis 148** der Anhörungsrüge wird detailliert vorgetragen:

Kapitel 138. Zerschlagungsopfer: „Bürger sind keine Untertanen“, so auch Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
> Seit 1998: Umverteilung von Digitalbranche zu Automobilbranche mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 skrupellos erzwungen.
**Deutschland 2000: Digitale Spitzenstellung im globalen Vergleich
Deutschland heute: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
wegen politisch motivierter Zerschlagungen.
Von politisch motivierter Sippenzerschlagung zu politisch motivierter Sklavenhaltung**
mit krimineller Umsetzung von Wahlkampf-Strategien einer skandalösen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungs-Wahnsinn durch Täter/Opfer-Umkehr, unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:
> *Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005, heute Putin-Berater)*
> *Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005, heute Bundespräsident)*
> *Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021 mit GroKo-Kabinetten)*
> *Bayerischer Staatsminister Markus Söder (2007-2018, heute Ministerpräsident)*
Erdrückende Beweislage zu persönlicher Beteiligung der regierenden Generation

**Kapitel 139. Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort (Sippenhaft mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung)
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, enteignet, entrechtet seit 1998**
Ausgehebelt mit Monster Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Zerschlagung wegen einem herausragenden Lebenswerk mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Abgehängt, ausgegrenzt und enteignet durch
Kommunikationsverweigerung, durch Einrichtung einer staatlichen
Ersatzveranstaltung (Nationaler IT-Gipfel, Digitalgipfel)
Entrechtet mit Erzwingung von Altersarmut bis zu Benutzungszwang
eines Pfändungsschutzkonto
mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung (Opfer wird zum Täter
gemacht durch Versagung von Schadenersatz, Rechtsstaat mit
Sozialstaat ausgehebelt)
Verruchte Methoden der NS-Justiz: Sippenhaft, Opferkriminalisierung,
Konzentrationslager.
Heute: Politisch motivierte Sippenzerschlagung, unverhältnismäßige
Opferkriminalisierung, politisch motivierte Sklavenhaltung mit Full-
Time-Überbeschäftigung durch verfassungswidrige Justiz, JVA-
Service mit psychischer Folter, Zerschlagung der Mobilität, Verstöße
gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6
EGMR) ohne
Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren
Entschädigungsanspruch:
Verwaltungsgerichtliche Entscheidung
24 mal angemahnt seit 2017

Kapitel 140. Faktenlage 2021: Politisch motivierte Zerschlagungen
mit Eskalation zu Sippenzerschlagung und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung,
mit einer unverhältnismäßigen Opferkriminalisierung durch
**Täter/Opfer-Umkehr (Opferkriminalisierungswahnsinn) mit
Versagung der Anerkennung kausaler Zusammenhänge**
ohne Chance für die Opfer gegen staatliche Übergriffe einer
skrupellosen Haupttäter-, Mehrfachtäter- und Mittäter-Phalanx:
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik einer
regierenden Generation seit 1998,
über 20 Jahre bitteres Unrecht,
Politisch motivierte Sippenzerschlagung, mit Sippenhaft und
Opferkriminalisierungswahnsinn wie in der NS-Justiz,
mit politisch motivierter Justiz
mit best vernetzter Täter-Phalanx und
mit großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer
übergreifend, Generationen übergreifend,
mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit JVA-Service und
psychischer Folter,
anstatt Konzentrationslager der NS-Diktatur,
mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den
Tod (2 Todesopfer) und Nachlassinsolvenz in 2012,
mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu
Benutzungszwang zu diskriminierendem und diskreditierendem
Pfändungsschutzkonto ohne Dispo-Kredite und ohne Kreditkarte,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution, für Deutschland und Europa.
Am Geburtsort: Zerschlagung der bayerischen Heimat, von politisch
motivierter Zerschlagung unter Hitler (mit Todesopfer, vorgetragen) zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Schröder / Steinmeier /
Merkel / Söder (mit Todesopfer, nachgewiesen)

**Gesamtverantwortung aller Täter und Mittäter gemäß Täter-
Phalanx, weil untereinander bestens vernetzt!**

Kapitel 141. Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit erdrückender Beweislage

mit vernetzter Internet-Dokumentation, mit einem professionellen Verlagsservice von mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert), von Katalogen und Informationsbroschüren in zig-millionenfacher Auflage,
Gerichte und Staatsorgane übergreifend,
am Bundesverfassungsgericht mit einer Vielzahl von Verfassungsbeschwerden seit 2010,
am Landgericht Wuppertal (2.Zivilkammer: 2 O 70/15, 2 O 163/16),
am Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer: VG 27 K 308.14),
am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer: 27 K 4325/18),
mit einer Vielzahl von Schreiben an Bundespräsidenten, Bundeskanzlerin, Bundestagspräsident
mit mehreren Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag

mit persönlicher Beteiligung von Ministerpräsidenten, EU-Kommissaren, Bundesministern, Staatssekretären und hochqualifizierten Wissenschaftlern am Lebenswerk des Zerschlagungsopfer, den

Europäischen Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz.

Kapitel 142. Am Geburtsort: Von politisch motivierter Zerschlagung unter Hitler zu politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

Alle Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx in BVERFG-2022 untereinander bestens vernetzt.

Ahnungslos: Die mit Zerschlagung 1 stigmatisierten Opfer der Sippenzerschlagung, die scheinbar gegen eine Mauer des Schweigens die Wahrheit aufdecken mussten.

Zerschlagung 2: Kreisverwaltung Tirschenreuth, Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich/Leonberg seit 1998, seit 2001 aus persönlicher Erfahrung

Väter-Generation der Täter am Geburtsort: NSDAP-Mitglieder, Verstärkung rechtsradikaler NSDAP-Vernetzung durch sudetendeutsche Vertriebene mit Hitler-Sympathie ("Heim ins 3.Reich").

Neue Beweise für Sippenzerschlagung am Geburtsort in Bayern (Zerschlagung 2) nach Anerkennung sudetendeutscher Vertriebenen als 4.Volksstamm in Bayern, Zerschlagung der Heimat mit Hetzjagd bis in den Tod und bis zu Nachlassinsolvenz am Geburtsort

Alte NSDAP-Vernetzung: Generationen übergreifend, Parteien übergreifend (CSU, SPD, FW / Freie Wähler)

Unrecht gegen Sudetendeutsche in 1945 kann nicht mit Unrecht seit 1998 an einer deutschen Sippe nach NSDAP-Verfolgung vergolten werden: Missbrauch einer Schirmherrschaft des bayerischen Ministerpräsidenten

CSU-Wahlstrategie: 40% plus X mit 4.Volksstamm, Niederschlagung von zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag mit wahrheitswidriger Stellungnahme von Staatssekretärin Melanie Huml (heute Staatsministerin), Todesopfer mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012)

In Deutschland wird zerschlagen, was das Zeug hält: mit Wissen des Bundespräsidenten, mit Wissen der Bundeskanzlerin, und

Sozialgerichte profilieren sich als "Müllverwerter" für verfassungswidriges Versagen anderer Gerichte in einem Land mit dem besten Grundgesetz der Welt.

Kläger: Einziger Rechtsnachfolger des Todesopfers

Kapitel 143. Politisch motivierte Sippenzerschlagung am

Wohnort: Ohne Chance im freien Wettbewerb nach dem Monster-Markteingriff durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Qualifizierte Projektvorschläge für digitale Evolution vom Beklagten bis 2010 an Bundeskanzlerin, Bundesminister und Staatssekretäre:

Ohne Beantwortung, nicht einmal Empfangsbestätigung!!!

Erdrückende Beweislage

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Bundesamt für Justiz und Kreisverwaltung Mettmann:

Nachgewiesene Mittäterschaft seit 2006

Klagender Sozialversicherungsträger: Erbärmliche Mittäterschaft, Opferkriminalisierungswahnsinn seit 2010,

seit über 10 Jahren keine Versicherungsleistungen mehr, verfassungswidriger Notlagentarif im Angebot abzulehnen, als Mittäter verantwortlich für mehrfache Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, für Rufmord

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Längst gerichtlich nachgewiesen, bis heute ohne Abschluss (27 K 4325/18 Verwaltungsgericht Düsseldorf)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Kapitel 144. In Anlehnung an Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2020 Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot des Grundgesetzes gemäß Art.2 Abs.1 GG:

Rechtsstaatliche Prinzipien des Grundgesetzes

contra unverhältnismäßigem Opferkriminalisierungswahnsinn und Sippenhaft seit 1998,

contra Unverhältnismäßigkeit immaterieller Schäden mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens, mit Rufmord, mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Versagung von Rehabilitierung,

contra Unverhältnismäßigkeit materieller Schäden in Höhe eines 2stelligen Millionenbetrags mit Firmeninsolvenz am Wohnort, mit Nachlass-Insolvenz am Geburtsort, mit Versagung von Schadenersatz,

contra Unverhältnismäßigkeit von Orgien-artigen Exzessen von Gerichtsverfahren parallel zum Missbrauch von Rechtsanwendungen von Sozialgesetzen und Sozialgesetzbücher ohne Respektierung von Grundrechten und europäischen Menschenrechten,

contra Unverhältnismäßigkeit staatlicher Täter und ihrer Mittäter mit Staatsgewalt gegen ein Zerschlagungsoffer ohne Chance,

contra Unverhältnismäßigkeit der Opferkriminalisierung:

"Täter/Opfer-Umkehr" nach politisch motivierter Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden,

mit Todesopfer, mit Zerschlagung der Existenz-Grundlage,

mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Rufmord, mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz und Leugnen von kausalen Zusammenhängen.

Unverhältnismäßiger Opferkriminalisierungswahnsinn:

Verstoß gegen Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot mit krimineller Durchsetzung einer heimtückischen Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik unter persönlicher Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 mit Immunitätsschutz
> trotz und wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa,
> trotz erdrückender Beweislage am Wohnort und am Geburtsort,
> gegen eine Berliner Mauer des Schweigens.

Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) mit qualifiziertem Rechtsbeistand

Initiative einer juristischen Unterstützung durch juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten und Relevanz für die Verfassungsbeschwerde gegen Opferkriminalisierungswahnsinn und gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung
Befehlskette "Bundespräsident & Bundeskanzlerin, Bundeskanzleramt - Bundesamt für Justiz - Landratsamt": Längst nachgewiesen und Beweis für Überwachung der politisch motivierten Sippenzerschlagung offensichtlich durch Bundesamt für Justiz mit Unterstützung durch Staatsanwälte.

Kapitel 145. "Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland", so Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M., seit 2020 Präsident des Bundesverfassungsgericht.

„Erst recht nicht am größten Verwaltungsgericht in Deutschland“
Extrem rechtswidrig und skrupellos: Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und Missbrauch der verheerenden Folgewirkungen

nicht nur zur Sanierung eines maroden Staatshaushalts, sondern auch für eine verfassungswidrige und kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit Todesopfer, mit Sippenhaft, mit Opferkriminalisierung und Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,

nicht nur mit Rufschädigung, **sondern mit Rufmord**
von einer best vernetzten, Opfer diskriminierenden Täter-Phalanx.

Zwei Schadenersatzverfahren am ordentlichen Gericht (2 O 70/15 und 2 O 163/16 Landgericht Wuppertal) aus einem Schadenersatzverfahren am Verwaltungsgericht Berlin mit Versagung von Prozesskostenhilfe abgebrochen, weil sich das Zerschlagungsopfer keine rechtsanwaltliche Vertretung mehr leisten kann

Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte muss man nicht lieben, aber respektieren, ganz besonders hier in diesem Verwaltungsrechtsweg

Nicht hinnehmbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und politisch motivierter Sklavenhaltung ohne Zugang zum ordentlichen Rechtsweg und anschließender Niederschlagung im Verwaltungsrechtsweg

Nicht hinnehmbar, 24 Anmahnungen zur verwaltungsgerichtlichen Entscheidung als unzulässige Klageänderungen, Zusatzklagen u.a.m. zu bewerten und vorzutauschen

Verfassungswidrig: Massiver Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK bzw. Art.1 Abs.1 GG und Art.2 Abs.1 GG iVm Rechtsstaatsprinzip
Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, weil kriminelle und kriminalisierende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik und Zerschlagungsjustiz seit 1998 andauert:

Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit best vernetzter Täter-Phalanx, unbeschreiblicher Unverhältnismäßigkeit und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Sklavenhaltung mit orgienartigen Auswüchsen von Gerichtsverfahren mit Mehrfach-Beschlüssen bis zu Quintuple-Beschlüssen, parallel und hintereinander, seit 2011, an Verwaltungsgerichten, Ordentlichen Gerichten, Strafgerichten, Sozialgerichten, alle mit mehreren Instanzen bis zum

Bundesverfassungsgericht, das von der Vielzahl der Verfassungsbeschwerden überfordert wird, weil Grundrechte nicht mehr respektiert werden, und das Opfer dafür auch noch Verantwortung übernehmen soll! Niemals!

Nicht mehr hinnehmbar, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §146 VwGO

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>

Scroll down after link (page 132)

Kapitel 146. Anstatt öffentliche Rehabilitation und Schadenersatz wegen

politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit unverhältnismäßiger

Opferkriminalisierung seit 1998, seit über 20 Jahre:

Gericht macht sich mit Beschluss vom 04.Juni 2021 den Beschluss OVG 11 M 16.11 vom **25.Mai 2011** (vor über 10 Jahren) des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg im 1.Klageverfahren zu eigen

> mit längst widerlegten Argumenten und

> im Widerspruch zur 1.Klage VG 27 K 66.11 vom 11.03.2011

> im Widerspruch zur 2.Klage VG 27 K 308.14 vom 31.10.2014,

> mit Verweisung von Schadenersatz an das Landgericht Wuppertal,

> mit Aufteilung von 1 Schadenersatzverfahren auf 2 Verfahren,

> mit Abbruch dieser 2 Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 und

2 O 163/16 am Landgericht (wegen Versagen von Prozesskostenhilfe)

> mit Anerkennung des Verwaltungsrechtsweges für Rehabilitation

mit Schadenersatz gemäß den 2 am Landgericht abgebrochenen

Schadenersatzverfahren in 2017

> mit 24-maliger Anmahnung einer Entscheidung seit 2017 am Verwaltungsgericht Berlin

> mit 11-maliger Anmahnung einer Entscheidung seit 2018 am Verwaltungsgericht Düsseldorf (VG 27 K 4325/18)

> im Widerspruch zu einer erdrückenden Beweislage mit 2-stelliger

Ordner-Anzahl mit zusätzlicher vernetzter Internet-Doku und

> im Widerspruch zur Wahrheit, die scheinbar gegen eine neue Mauer des Schweigens in Berlin aufgedeckt werden musste

> in Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag mit Verfassungsbeschwerden seit 2010

> in Gerichtsverfahren gegen eine best vernetzte Täter-Phalanx bis zu Verfassungsbeschwerden seit 2011

> an Verwaltungsgerichten Berlin, Düsseldorf und Regensburg

> an Amtsgerichten Mettmann und Velbert

> an Zivilkammern und Strafkammern des Landgerichts Wuppertal
> am Sozialgericht Düsseldorf
Daher sofortige Beschwerde vom 26. Juni 2021 und Fortsetzung der
Klage gegen eine best vernetzte Täter-Phalanx

**Kapitel 147. Verfassungswidriger Missbrauch deutscher
Verwaltungsjustiz für kriminelle Durchsetzung von
Wahlkampfstrategien seit 1998 (über 20 Jahre) mit brutaler
Umverteilung und Zerschlagung von**

Personen, Familien, Sippen und Minderheiten, die dem Wahlsieger im
Wege stehen, Wahl entscheidende Siegermehrheiten zu schaffen und
mit verfassungswidriger Zerschlagung umzusetzen:

> > > Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Wohnort:

Bevorzugung der Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche
durch „Autokanzler“ Schröder

mit Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des
Zerschlagungsopfers, weil Zerschlagung von digitalem
Innovationswachstum in Deutschland der Autobranche nutzen sollte,
erzwungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 und
größtem Milliardengrab aller Zeiten (über 50 Mrd € für 25%-Loch im
Bundeshaushalt) und anschließender Aussperrung und

**Entrechtung der Zerschlagungsopfer bis zu politisch motivierter
Sklavenhaltung**

> > > Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Geburtsort:

Vorteilbeschaffung für 4. Volksstamm in Bayern mit
Ministerpräsidenten Markus Söder als Schirmherrn mit Todesopfer und
mit Zerschlagung der Heimat

Kriminelle Durchsetzung der CSU-Wahlkampfstrategie 40% + X mit
neu ernanntem 4. Volksstamm in Bayern (sudetendeutsche
Vertriebene) auf Kosten der Zerschlagungsopfer
Aktivierung alter NSDAP-Seilschaften unter Hitler mit Sympathie für
4. Volksstamm in Bayern („Heim ins Reich“, unbewältigte NS-
Vergangenheit) für Sippenzerschlagung am Geburtsort

**Kapitel 148. Öffentliche Rehabilitierung unverzichtbar wegen
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung,
zu politisch motivierter Sklavenhaltung**

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer
übergreifend, Generationen übergreifend.

> mit hasserfüllter Abneigung der Staats- und Ministerialverwaltung,
die sich angegriffen fühlt, weil zwischen Staatsorgan und leitender
Person mit Immunitätsschutz in der Praxis nicht unterschieden wird,
die „ihre“ Staatsorgane, „ihre“ Bundesministerien und „ihre“
Staatsministerien in Bund und Ländern „schützen“ wollen,

> mit hasserfüllter Abneigung der Mitarbeiter*innen des öffentlich-
rechtlichen Rundfunks, der auf Intendanten-Ebene in die politisch
motivierte Zerschlagungen involviert ist und einen nachgewiesenen
Schaden von über 100.000 € verursacht hat, deren Intendanten de
facto Immunitätsschutz beanspruchen und erhalten,

> mit hasserfüllter Abneigung der Mitarbeiter*innen des öffentlich-
rechtlichen Rundfunks, die wie Sklavenjäger gegen das noch lebende
Zerschlagungsopfer vorgehen, obwohl es noch keinen einzigen €
Schadenersatz erhalten hat und nach wie vor ein

Pfändungsschutzkonto benutzen muss, keine Kredite aufnehmen kann
und auf eine rechtsanwaltliche Vertretung verzichten muss,

> mit hasserfüllter Abneigung der Verwaltungsjustiz, weil

Verfassungswidriger Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für kriminelle Durchsetzung von Wahlkampfstrategien seit 1998 (über 20 Jahre) mit brutaler Umverteilung und Zerschlagung von Personen, Familien, Sippen und Minderheiten nachgewiesen wird.

Kapitel 149. Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

OVG 11 M 16.11 (VG 27 K 66.11) vom 25.Mai 2011 (Anlage OVG2021-08) mit katastrophalen Auswirkungen

Verfassungswidrig: Massiver Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK,

besonders am Verwaltungsgericht Berlin mit 24-maliger Anmahnung einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017 mit Rückgriff auf o.g. OVG-Beschluss von 2011 u.v.a.m.:

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.

mit unbeschreiblicher Unverhältnismäßigkeit und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

Gesamtverantwortung aller Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx, weil untereinander bestens vernetzt!

Bundesverfassungsgericht will Abschluss aller Gerichtsverfahren der politisch motivierten Sippenzerschlagung, nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort, nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft und mit Respektierung der Grundrechte

Klagestand 2021 mit Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz in zweistelliger Millionenhöhe durch best vernetzte Täter-Phalanx

Nicht gelöst: Zerschlagung 1 unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland mit Motivation für eine best vernetzte Täter-Phalanx

Nicht gelöst: Zerschlagung 2 unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens (Todesopfer) und Zerschlagung der bayerischen Heimat am Geburtsort mit Nachlass-Insolvenz

Nicht gelöst: Zerschlagung 3 unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung

Nicht gelöst: Zerschlagung 4 unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers Debeka

ohne Versicherungsleistungen seit 2010 und mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs

Nicht gelöst: Zerschlagung 5 unter Verantwortung des Bundesamtes für Justiz (BfJ) und des Landratsamtes Mettmann mit

unverhältnismäßiger Serie von Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann / Velbert seit 2011,

mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit Opfer verhöhnendem Polizei-Einsatz, mit diskriminierendem und Ruf

mordendem JVA-Service und psychischer Folter, mit kriminellm Hausfriedensbruch, mit diskriminierenden SCHUFA-Eintragungen, mit

diskriminierendem Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto.

Maximale Diskriminierung durch orgienartige Eskalation paralleler und hintereinander durchgeführter Gerichtsverfahren,

betonierter Rufmord durch überlange Dauer mit politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 1998, politisch motivierte Sklavenhaltung nach Zerschlagung der Mobilität

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>

Scroll down after link (page 275)

Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % eines herausragenden Lebenswerkes, hat das klagende Opfer, **nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**, politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische Ausuferung zu **politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn** hinnehmen müssen.

Besonders aktuell ist der Missbrauch von Wahlkampf-Strategien mit nachfolgender Umverteilung und Zerschlagung, wenn einzelne Personen bei der Umsetzung von Wahlkampfstrategien im Wege stehen. Der Missbrauch verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer), mit Geschäftsinsolvenz seiner Unternehmensgruppe und mit Nachlassinsolvenz am bayerischen Geburtsort, ist unbeschreiblich. **Der Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal ist nicht mehr zu beschreiben: Erdrückende Beweislage für**

Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,

mit best vernetzter Täter-Phalanx, mit unbeschreiblicher Unverhältnismäßigkeit und mit großem Schaden für Deutschland: Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Sklavenhaltung mit orgienartigem Auswuchs von Gerichtsverfahren, parallel und hintereinander, seit 2011, an Verwaltungsgerichten, Zivilgerichten, Strafgerichten, Sozialgerichten, alle mit mehreren Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht, das von der Vielzahl der Verfassungsbeschwerden überfordert wird, weil Grundrechte nicht mehr respektiert werden, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaub,

Wiederholt verfassungswidrig nach

Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 gemäß §152a VwGO wegen

Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §146 VwGO gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021 (eingegangen am 16.06.2021) mit Verweis auf Entscheidungsgründe des Gerichtsbescheids vom gleichen Tage

Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal: Politisch motivierte Sippenerschlagung mit best vernetzter Täter-Phalanx, unbeschreiblicher Unverhältnismäßigkeit und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend.

Verfassungswidriges Schweigen des Oberverwaltungsgerichtes auf sofortige Beschwerde und Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde!

Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (23 Jahre).

Zu 152. Mit 25. Anmahnung einer Entscheidung für das Zerschlagungsopfer nach 24 vergeblichen Anmahnungen seit 2017:

Ausgeholt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, enteignet, entrechtet und versklavt seit 1998 nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

Weg mit der Berliner Mauer des Schweigens zu politisch motivierten Zerschlagungen!

Weg mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto mit SCHUFA-Eintragung, ohne Dispo-Kredit, ohne Kreditkarte und ohne gar nichts!

Weg mit Mobilitätsverhinderung in Deutschland, Europa und weltweit!

Schluss mit Opfer verhöhnender Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung durch skrupellose Sklavenjäger (öffentlich-rechtlicher Rundfunk, ehemaliger Sozialversicherungsträger)

Aufbruch jetzt mit Neuwahl des Deutschen Bundestags und endlich mit verwaltungsgewaltiger Entscheidung für das Zerschlagungsopfer

Antragswiederholung auf Rehabilitierung und angemessenen Schadenersatz durch deutschen Staat, bayerischen Freistaat, Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Antragswiederholung auf angemessene Wiederaufbauhilfe mit europäischer Förderung für die Europäischen Congressmessen mit nachhaltigen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Politisch motivierte Sippenerschlagung, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz und politisch motivierte Sklavenhaltung sind das Ergebnis von

persönlicher Beteiligung der regierenden Generation seit 1998:

> *Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005, heute Putin-Berater)*

> *Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005, heute Bundespräsident)*

> *Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021 mit GroKo-Kabinetten)*

> *Bayerischer Staatsminister Markus Söder (2007-2018, heute Ministerpräsident)*

Erdrückende Beweislage zu persönlicher Beteiligung einer best vernetzten Täter-Phalanx ist längst vorgelegt.

Öffentliche Rehabilitierung ist unverzichtbar, um wieder respektiert zu werden: Zerschlagung

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

um Schutz vor skrupellosen Sklavenjägern zu erreichen.

Sieh

Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka

ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto.

Sieh

Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155)

Sieh

Anlage VG2021-32: Schriftsatz vom 06.Sept.2021an Landgericht Wuppertal mit Sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert

> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit skrupellosem Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 03)

Kein Weiter so, daher Antragswiederholung auf Rehabilitierung und angemessenen Schadenersatz durch deutschen Staat, bayerischen Freistaat, Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Höhe von 50 Mio EUR.

Kein Weiter so, daher Antragswiederholung auf angemessene Wiederaufbauhilfe mit europäischer Förderung für die Europäischen Congressmessen mit nachhaltigen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit zusätzlich 50 Mio EUR.

Das ist das Gesprächsangebot.

Velbert, 12.Sept. 2021



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 09)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

Künstliche Intelligenz wird von der Politik seit 2018 erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 auf dem Weg zum Funkloch Deutschland, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage OVG2021-31:

**Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2018 (1BvR 1959/21) zu
verwaltungsgerichtlichen Verfahren am VG Berlin
OVG 11 M 21/21 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
(VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe

zur bundesweiten Sippenzerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für

Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer
übergreifend, Generationen übergreifend

mit **Anlage VB-VGB03:** Fortsetzung unverhältnismäßiger,

verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten

Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler

Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka

ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines

verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten

Antrag (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass

eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am

14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto. Sieh

Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21

(AR 864/21) vom 05.01.2021

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155)

Anlage VG2021-32:

Schriftsatz vom 06.Sept.2021 an Landgericht Wuppertal mit

Sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO mit Antrag auf

Prozesskostenhilfe

gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf

Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert

> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht

Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit

skrupellosem Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 03)

Anlage OVG2021-08:

Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
OVG 11 M 16.11 (VG 27 K 66.11) vom 25.Mai 2011

Anlage OVG2021-07: Sklavenjäger-Verhalten des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr mit Unterdrückung kausaler Zusammenhänge mit politisch motivierter Sippenerschlagung) mit verwaltungsrechtlichen Festsetzungsbescheiden, mit Säumniszuschlägen, mit Androhung von Vollstreckungsmaßnahmen, Ordnungswidrigkeitsverfahren

Anlage OVG2021-01 (Anlage LG-00)

Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)

01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
 02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
 03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
 04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
 05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
 06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
 07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
 08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
 09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
 10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
 11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

Anlage OVG2021-02

Zweite Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 15.06.2014) mit erdrückender Beweislage in 4 großen Beweis-Ordern

- 01.** Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
- 02.** Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
- 03.** Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
- 04.** Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
- 05.** Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:

Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR

Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft

06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"

Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit

UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner

07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:

Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,

Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben

08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:

Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,

Professionell operierendes Congressmesse-Team,

Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland

10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),

Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten

'Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung

11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:

Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.

Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver

UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Scroll down after link (page 24)

12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung

Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,

Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes

Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter

13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben

Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung

Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.

14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:

Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .

das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat

Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung wird behindert?

16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Scroll down after link (page 03)

Umfangreiche Beweisanlagen zur zweiten Klage in 4 Ordnern:

Anlagen im Beweis-Ordner 1

Von den in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Nationalem IT-Gipfel und dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation: 1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Beweis-Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag

der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche

> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980

Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress

Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal

Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal

Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD

in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich

1976-1979 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>

Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal

ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen

Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse

1980-1984 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Keynote Speaker > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>

ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf

3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990

ONLINE'81 Düsseldorf

4. Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'82 Düsseldorf

5. Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'83 Düsseldorf

6. Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation

ONLINE'84 Berlin

7. Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMM'84 Essen

Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer

1985-1987 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Keynote Speaker > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>

ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
 8. Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
 KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
 2. Deutsche Kommunikationsfachmesse
 ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
 9. Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
 KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
 3. Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
 ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
 10. Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
 KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
 4. Europäische Kongreßmesse für Technische Automation
[1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5](http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5)
[Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111](http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111)
 ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
 8 Workshop-Zentren
 11. Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
 KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
 8 Workshop-Zentren
 5. Europäische Kongreßmesse für Technische Automation
 ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
 12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
 12. Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
 8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
 13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im [Beweis-Ordner 2](#)

**Europäische Congressmessen für digitale Evolution
 mit Nationalem IT-Gipfel im jährlichen Turnus vor und nach der
 Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003**

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000

ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
 14. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
[1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4](http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4)
[Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111](http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111)
 ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
 15. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
 16. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congressse für
 Integrierte und globale Kommunikationsnetze
 Bürokommunikation und Informationsmanagement

ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
 17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
 Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
 Integrierte und globale Kommunikationsnetze
 Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
 Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
 Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen

ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
 18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und ...
 Firmensymposien
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
 19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
 Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
 Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
 20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
 21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
 22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

2000-2003 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
 23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how

Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch

Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe

New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,

Firmensymposien und Tutorials

Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote

Speakers)

24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how

Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum

Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe

Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,

Firmensymposien und Tutorials

Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers

25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance

Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive

Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe

Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,

Firmensymposien und Tutorials

Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in

Deutschland

26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Anlage 2.03: Professioneller Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Congressbände mit ISBN-Nummer

Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen

Congressmessen von 1984 bis 1987

Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen

Congressmessen von 1987 bis 1990

Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen

Congressmessen von 1989 bis 1992

Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen

Congressmessen von 1993 bis 1995

Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen

Congressmessen von 1996 bis 1998

Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen

Congressmessen von 1999 bis 2001

Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002
und 2003

NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003

zusätzlich in elektronischer Form als PDF

Mehr Informationen in der Internet-Cloud

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 3.00 im Beweis-Ordner 3: Übersicht Ordner 3

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS- Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, **Dr. Martin Weigele**

> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1. Mal Schrumpfung im Jahr 2002, **Innovationsmarkt irreversibel vernichtet**

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):

„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“

„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“

Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz - ohne Chance für Verständnis

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf>

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWa, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf>

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik

Anlage 3.51:

1. Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>

2. Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Anlage 3.52:

Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf>

Anlage 3.53:

Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -

Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf>

Anlage 3.54:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf>

Anlage 3.55:

Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf>

Anlage 3.56:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf>

Anlage 3.57:

Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf>

Anlage 3.58:

Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 - Ihre Vision für Niedersachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf>

Anlage 3.59:

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – ohne Chance gegen betonierte Umverteilungspolitik

Anlage 3.61:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Anlage 3.62:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche – ohne Chance bei Bundesregierung und EU-Kommission

Anlage 3.71:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht
professionellen Innovationstransfer
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Anlage 3.72:

Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche
in Deutschland ohne Perspektive
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf>

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort

Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche
in Deutschland ohne Perspektive
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf>

Anlage 3.74:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur
persönlichen Insolvenz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur
persönlichen Insolvenz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?

**Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch
motivierter Zerschlagung! Gegen eine Wand des Schweigens!**

Anlage 3.81:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des
Mittelstands
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Anlage 3.82:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf>

Anlage 3.83:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf>

Anlage 3.84:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf>

Anlage 3.85:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren
Mauerfall?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf>

Anlage 3.86:

Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido
Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf>

Anlage 3.87:

Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft,
FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf>

Anlage 3.88:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

**3.9 Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher Missbrauch des
Petitionsgrundrechtes**

**Deutscher Bundespräsident lässt „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt**

Anlage 3.91:**Petition an den Deutschen Bundestag**

Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses
und des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige
Enteignung des innovativen Mittelstandes

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Anlage 3.92:

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -

Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93:

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.94

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom
29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.95:

Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -

Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung

Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 3.96

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013
(Rücktritt Ende Januar 2013)

**Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation**

Widerspruch gegen GEZ-Bescheid

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013

Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom

03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom

03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-

Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013,

Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) **an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlagen im Beweis-Ordner 4

Weiter führende Beweismittel über politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und durch staatliche Diskriminierung Anlagen zur Ermittlung des Schadenersatz-Anspruches für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

Erste Anzeichen für politisches Umdenken

Anlage 4.01:

Analyse IT-Gipfel 2014: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)

Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)

Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller

Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):

Congressband I Telekommunikation & Netze 2000

Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking

Congressband III Enterprise Networks & Call Centers

Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management

Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business

Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML

Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management

Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing

Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale

Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr

Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen

Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse

Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

> > > **32 ganztägige Symposien + 5 ganztägige Tutorials**

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100

Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:

ONLINE Congressbände 1976-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 5 (Beweis-Ordner 4)

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)

infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566) zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Anlage 6 (Beweis-Ordner 4)

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012) Pet 1-17-09-703-005442

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauchs des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie
Bundesminister Alexander Dobrindt (2014) schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler

(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in **Ordner 3**:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger (Feb.2015) & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchsstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlage OVG2021-03: 24 mal angemahnt

Ständige Anmahnungen der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017

Anlage OVG2021-03a:

1. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.

Situationsanalyse März 2017 mit

Ablehnungsgesuch gegen den Berichtstatter RiVG Hofmann

Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung

67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher

Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitation, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4) und

wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)

und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als

Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,

aus Deutschland, Europa und weltweit

Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution

Ausgehebelt mit Monstemarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer

Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung

Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:

Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlichtung von Congress Themen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung

Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.

Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch

grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG

Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des

nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen

Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen

Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter

Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17**, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17**, siehe Anlage BVG-02):

Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz

Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)

Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.

Juristische Zerschlagung mit massivem Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Siehe Zerschlagung 3

Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei (1992)

Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000

Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten

Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), **erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.**

73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat

Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe, Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung

Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO

Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können

Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2,

Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Anlage OVG2021-03b:

2. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu

Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen

Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist

Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen

Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte

Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte

Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar

Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)

für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)

mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)

Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger

Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist **Rehabilitierungsanspruch**.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 62)

Anlage OVG2021-03c:

3. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017)

nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtllichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtllichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht

Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)

Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch

79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz

1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung

3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen

80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission

Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile

Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch

Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 107)

Anlage OVG2021-03d:

4. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.08.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen

Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: **Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der**

Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib- und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch,
massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige
Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive
Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich
erzwungene Altersarmut, . . .

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 144)

Anlage OVG2021-03e:

5. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

**Schriftsatz vom 06. Sept. 2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer
Zwangmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu
Urteil mit Rechtsbeugung**

in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28. Aug. 2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Hier politisch motivierte Zerschlagung 5

**Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose,
diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen
einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen
Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur
staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011**

Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von
Staatsgewalt

Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld

wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält

84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene
Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen
Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den
Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution

Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018
für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers,
Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

Anlage OVG2021-03f:

6. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

**Schriftsatz vom 06. Okt. 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme
zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld
nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über
10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden
Kosten, Zinsen, Gebühren . . .**

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:

**Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale
Menschenrechte**

September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von
rechtlichem Gehör gemäß Anlage

**86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller
Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch**

sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,

für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit

Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter

(Zerschlagung 5)

für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,

für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen

für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut

(Zerschlagung 4)

für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer

Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,

für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch

Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und

Elternhauses (Zerschlagung 2)

für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,

für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)

auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 212)

Anlage OVG2021-03g:

7. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)

87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts

Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger

Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts

(Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen

Unterstützung angesichts eines

juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen

Umverteilungspolitik

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer

zu PKH-Konditionen

Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forciertes Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012

88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?

Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten

Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?

Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet:
Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten

Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 250)

Anlage OVG2021-03h:

8. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung 89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex

PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend

Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 284)

Anlage OVG2021-03i:

9. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge

trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:

Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 316)

Anlage OVG2021-03j:

10. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus

Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

System Deutschland ein Sanierungsfall?

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?

Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)

wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,

nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und

nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung

Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum

Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Anlage OVG2021-03k:

11. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation seit 1998: 20 Jahre

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen

Unrechtssystems ist zu schützen

95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel

von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und

von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:

zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:

Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken

Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender

Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:

Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG

Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, siehe Anlage 18-01

Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, siehe Anlage 18-02

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung

Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Anlage OVG2021-03I:

12. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitation, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen

Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen

mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer

schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird

Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem

Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.

System Deutschland hat Sanierungsbedarf.

98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an

angemessene Rehabilitation, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz

für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

mit Integration des Digital-Gipfels

Deutsche Justiz hat Handlungsbedarf.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Anlage OVG2021-03m:

13. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von

angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998,

20 Jahre bitteres Unrecht

mit politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge

mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit

durch gegenseitige Amtshilfe

durch gegenseitige Regierungshilfe

durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner

durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und

Verstand

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner

(Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem

nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €

Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13

mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018

mit Handlungsbedarf der 27.Kammer

Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte

Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner

Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer

extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung

gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte

Bundeskanzleramt (Anlage 18-05)

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zur Sippenzerschlagung **mit Todesopfer**

seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte

Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung

mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen

einzigsten Rechtsnachfolger, in NRW!

103. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung

für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

**Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des
Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

**Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den
digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in
Deutschland, Europa und weltweit**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03n:

14. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

**Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der Europäischen
Congressmessen für digitale Evolution
und diversen Anträgen**

**104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter
zerschlagen, was das Zeug hält. Daher**

> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

> **Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und
Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl.
Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen eines
diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten
Westdeutschen Rundfunks**

**105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit
1998,**

bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst,
nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht
die geplante Zerschlagung erreicht wurde

Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:

**Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von
gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010**

**106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der
Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV
und Agenda 2010**

Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes
Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter
Zerschlagungen zu **Sippenzerschlagung mit Verlust eines
Menschenlebens** und kapitalen Vermögensschäden

**Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I
seit 1998,**

bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende
Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen
verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des
Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier
(1999-2005)

107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien"
Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen
Staatsanwaltschaft,

**mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt
und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst
in NRW**

**"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen
Unrechtsstaat:** Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem
Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne
Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten
Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen
Vermögensschäden

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von
staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit
Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt

**"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele
Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig**

Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:
Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch
Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene
Staatsanwaltschaften

trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten
Zerschlagungen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland, Europa und weltweit

108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch
von Drittschuldnern:

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von
"Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter
Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur

Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit
kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

**Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen
Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis
Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)**

Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich
längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz,
mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung,
mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle
Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders.

Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält

Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für
Justiz

wegen für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,

vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und **Heimat**
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe **mit**

Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden **und Zerschlagung der bayerischen Heimat**

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers

110. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust

eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 180)

Anlage OVG2021-03o:

15. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit

Schreiben an den Bundespräsidenten

111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz

beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)

Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz

beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten

Sippenzerschlagung **mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung**

der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit

Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 243)

Anlage OVG2021-03p:

16. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31. Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten

112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten

Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu

bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung

> **unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen**

Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),

> **unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung**

(Zerschlagung 2)

> **unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung**

(Zerschlagung 1)

mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

> **unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft,**

verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur

bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens,

Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,

für Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 285)

Anlage OVG2021-03q:

17. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 22. Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und

professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach

zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort

114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998

Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender

Zerschlagungspolitik mit kriminellen Netzwerk von skrupellosen

Staatsanwälten

Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter

Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor

Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter

Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene

Altersarmut,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden

Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale

Evolution, für Deutschland und Europa

115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende
Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt

Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische,
pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden
Zerschlagungsopfers

116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:

Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch
skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene
Staatsanwaltschaften.

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu

erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter
Internet-Dokumentation

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und
Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten
Umverteilungspolitik

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung,

mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens

mit Zerschlagung der bayerischen Heimat

mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch

eine skrupellose Staatsanwaltschaft,

mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre

Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR

Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß

Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.

118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken
bauen?

Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion

Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als

Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik

mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt

Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen

einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte

Sippenzerschlagung zu verantworten hat!

Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe

und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine

Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?

Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter

Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden

Sozialabgaben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Anlage OVG2021-03r:

18. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

**Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der**

**Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen**

119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:

Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch

Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000

zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik

zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden

120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht

antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung

Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung

Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft

Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz

Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen

politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:

abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,

Vom infamen Missbrauch der Justiz

zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat

> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)

> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG

> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage

> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer

> Versagen von rechtlichem Gehör

zu Zerschlagung von Altersrücklagen und

zu staatlich erzwungener Altersarmut

mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto und

mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von **politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden**

> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter

> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben

> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit

> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen

> > > [Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa](#)

> **Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates**

122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
 Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
 Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag

Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmaßnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
 Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>
 Scroll down after link (page 66)

Anlage OVG2021-03s:

19. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
 Fehlanzeige: Antwort auf
 Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
 mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
 mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
 Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingefordert
 Sieh Presseinformation

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!

Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:

Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005

Gegen eine Mauer des Schweigens:

- > Deutscher Bundespräsident schweigt
 - > Bundeskanzlerin schweigt
 - > Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
 - > Freistaat Bayern schweigt
 - > Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
- Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03t:

20. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!

Fehlanzeige, weil keine Antwort zu

wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und hiermit gerichtlich beantragt

ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft

126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000

Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere 100.000 Congressbände

Profiteure der Zerschlagung:

Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF

Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt

Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 181)

Anlage OVG2021-03u:

21. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung

**an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**

127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für

politisch motivierte Sippenzerschlagung

mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,

Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften

unter Weisung von

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.

Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur

Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten

wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs-

und Zerschlagungspolitik,

wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur

Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu

Pfändungsschutzkonto

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden

Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung

Perverser Missbrauch deutscher Justiz

für soziale und psychische Zerschlagung

Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften

hier in Kumpanei mit

Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:

Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht

im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung

mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und

mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden

Zerschlagungsopfer

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung

von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto

mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 242)

Anlage OVG2021-03v:

22. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung

an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich

von Rückständen und Beiträgen von sozialen

Pflichtversicherungen,

an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz

und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens

mit wiederholtem Antrag auf

Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen

Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für

Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik

der herrschenden Generation seit 1998

(20 Jahre bitteres Unrecht)

Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit **Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden**, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

130. Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung

mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz

131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft gedeckt mit Mauer des Schweigens

unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:

Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?

Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?

Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?

Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert? Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 296)

Anlage OVG2021-03w:

23. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 08.Aug.2019 mit Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.

132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2. Jan. 2019

mit wiederholter Erinnerung

an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen, an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens

In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheinbar bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitierung !

Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann

Derart skandalös: Warum?

Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft

Politisch motivierte Zerschlagungen

nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter Zerschlagungsopfer musste

scheinbar die ganze Wahrheit ausgraben

gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch

Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer

Rehabilitierung ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht

Staatliches Unrecht ist das Resultat einer

kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998

mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter

134. > 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten gegen

Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und

Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)

> 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter

> Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft

> Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft

> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen,

Rundfunkperre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft

> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft

135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg

70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten

21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz

9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht!

Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist

Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>

Anlage OVG2021-03x:

24. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 16.Feb.2020 mit Initiative einer rechtsanwaltlichen Vertretung

über juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten nach Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020 im sozialgerichtlichen Berufungsverfahren mit erbärmlichen

Missbrauch von Sozialgesetzen für eine Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn

136. Statt Rehabilitierung und Schadenersatz: Erbärmlicher Opferkriminalisierungswahnsinn der beklagten Bundesregierung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung

Verfassungsbeschwerde vom 30.Januar 2020 wegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn (Anlage VGB2020-01)

mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK)

mit Leugnen kausaler Zusammenhänge mit einer verfassungswidrigen und kriminellen Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft und verheerenden Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz gegen eine Berliner Mauer des Schweigens, des Leugnens und des Abschiebens mit verfassungswidrigen Urteilen und rechtswidrigen Beschlüssen zur Einhaltung richterlicher Geschäftsverteilungspläne

137. Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten (Anlage VGB2020-02):

> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf

> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln

> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
Antrag auf Stellungnahme und Prozesskostenhilfe durch
Verwaltungsgericht Berlin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>

Scroll down after link (page 68)

Anlagen im Schriftsatz vom 16.Feb.2020

Anlage VGB2020-01 (Anlage Jura-01)

Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020

wegen Fortsetzung eines nicht mehr hinzunehmenden

Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer und psychischer Zerschlagung

mit einem verfassungswidrigen Urteil ohne Wissen des verurteilten Opfers

(Kompaktversion mit Kapitelübersicht)

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 241)

Anlage VGB2020-02

Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten:

> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität; Düsseldorf

> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln,

> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg,

> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
mit Anlage Jura-01 (s.o.), Jura-02, Jura-03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-UNI01.pdf>

Alle bisher an das Verwaltungsgericht Berlin zugesandten Anlagen und

Legende aller Schriftsätze seit 15.06.2014:

Sieh Folgeseiten, in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS200 0-19-1.pdf>

Scroll down after link (page 68+17)

Anlage OVG2021-04: Beschlüsse und Gerichtsbescheide

Anlage OVG2021-04a: Beschluss VG 27 K 308.14 des

Verwaltungsgerichts Berlin vom 21.Juli 2017

Anlage OVG2021-04b: Gerichtsbescheid VG 27 K 308.14 des

Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021

Anlage OVG2021-04c: Beschluss VG 27 K 308.14 des

Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021

Anlage OVG2021-05:

Aus Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 Anlage VB-29 (29a-29c) in
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21: **Söder / Huml / Eck** direkt beteiligt an
politisch motivierter Sippenzerschlagung

VB-29a) Sudetendeutscher Stammesverband, Vierter

Stammesverband in Bayern mit Schirmherrn **Dr. Markus Söder**

Direkte, persönliche Beteiligung an politisch motivierter

Sippenzerschlagung zur Unterstützung krimineller

Umverteilungspolitik der CSU in Bayern durch

Melanie Huml, CSU, seit 2003 im Bayerischen Landtag, seit 2007

Staatssekretärin der Bayerischen Staatsregierung,

seit 2018 Staatsministerin für Gesundheit und Pflege

Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März

2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, danach

Staatssekretär im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

VB-29b) Niederschlagung der Petition an den Bayerischen Landtag durch Melanie Huml mit Schreiben vom 16.08.2010, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit in Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern (Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern
> > > www.damwild-ockl.de/doku/innenstaatssekr.jpg)

VB-29c) Klageerhebung vom 06.Juli 2016 am Landgericht

Wuppertal (2 O 163/16 bis Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17)
Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge:

Wendelin Josef Ockl, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth
Albin Ludwig Ockl, Dipl.-Ing., alleiniger Erbe / Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders

(Bruder, Kläger, Rechtsnachfolger)
gegen Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg, vertreten durch den Freistaat Bayern, vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese vertreten von dem leitenden Staatsminister, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München (Beklagte)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Anlage OVG2021-06:

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so) Juni/Juli 2018

Briefe (2) an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Internet-Doku zum 1. Anschreiben (a) und 2. Anschreiben (b)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)

in Kopie an

**Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Bundespräsident antwortet nicht trotz persönlicher Verantwortung für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer in 2012) und kapitalen Schäden

trotz höflicher Bitte um Unterstützung als Brückenbauer gemäß der Sicht seiner Rolle als Bundespräsident

Anlage VB-10 im Schriftsatz vom 08.Aug.2019
Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10.Aug.2017).

Anlage VB-11

Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit

> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 77)

> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017

> Schriftsatz vom 25.Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> Schriftsatz vom 18.Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage VB-0

Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)

Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierungs-Justiz mit ständiger Versagung von rechtllichem Gehör

im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Anlage VB-12

Jüngste Verfahren der staatsanwaltschaftlichen Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren: Von der Gerichtsvollzieherin bis zum Vizepräsidenten des Landgerichts Wuppertal (jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)

Anlage VB-12a: Zwangsvollstreckungssache DR II 865/19 der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth in staatsanwaltschaftlicher Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gemäß

Anlage VB-12b und VB-12c: 2 Beschlüsse der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Beschwerdeverfahren (16 T 194/18, 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert) mit Zurückweisung einer Anhörungsrüge und eines Ablehnungsgesuchs, weil der betroffene Richter jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach ist und auf Kosten des Zerschlagungsopfers seinen Schreibtisch am Landgericht Wuppertal aufgeräumt hat.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Scroll down after link (page 34)

Anlage VB-09 im Schriftsatz vom 15.Juli 2019 mit **Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer**

kriminalisierenden Justizverfahren mit beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b der Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage VB-0

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24.Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan.2019

Anlage VG190102-01

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Berufung, weil

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheidung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 144)

Anlagen im Schriftsatz vom 26.Nov.2018

Anlage VG181126-01

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und mit Ablehnungsgesuch gegen die

Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 42)

Anlage VG181126-02

Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018

Anlage VG181002-01

Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter) mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwidern des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Scroll down after link (page 204)

mit **Anlage VG180928**

Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018 Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt" an ARD

> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR

> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur

> Chefredaktion ARD-aktuell

> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"

an ZDF

> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF

> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF

> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien

und **Anlage Presseinformation Nr.8**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018

Anlage VG180908-01

Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am", eingegangen am 31.Aug.2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Anlage VG180908-02

Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit **Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher**

Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)

Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung

zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018

Anlage VG180730-1

Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland vom 25.Juli 2018 in Kopie an

Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher

Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018

Anlage VG180620-1

Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

vom 10.Juni 2018 in Kopie an

**Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)**

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher

Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:

Anlage VG180505-3

Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung?**

Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

wurde in Kopie versandt an

EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:

Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb

Viviane Reding, EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien

Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6

Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18. April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur **Sippenerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Anlage VG180505-7

Schreiben vom 24. Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)

an **Horst Lorenz Seehofer**

Ministerpräsident des Freistaates Bayern

und Vorsitzender der CSU

mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018

Anlage 18-03

Schriftsätze an die 27. Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05. Jan. 2018 und vom 18. Feb. 2018 (gesamt 21 Seiten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Anlage 18-04

Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15. März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12. März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11. Dez. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congresssteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,

Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8

über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-9

Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)

"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft:
Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit
Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven
Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie
Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

Anlage 18-02

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer
Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung
eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine
Versicherungsleistungen mehr erbringt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017

Anlage 1 zur Zerschlagung 3:

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen
Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden
von mindestens 100.000 €

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!

Antrag auf Härteleistung für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher
Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen
Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur
Zerschlagung 5

Extremistische Ausuferung von schikanierenden
„Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag
auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit
Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:

Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)

Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017

Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:

Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:

Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:

Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:

Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom

21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:

Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum

Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich

erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der

Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal

Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017

Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von

EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.

Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch

motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit

Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :

mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens
(teilweise reduziert)

Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5
Ordnern und mit

Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten

Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu

Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines

herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller

Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung

mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit

anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz

(staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten
Sippenzerschlagung mit Todesopfer

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen
Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders
in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,

nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,

nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines

einigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,

vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach

politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge

mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Anlage DOK-03-0

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland**

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Anlage DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)

auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir
heute besonders dringend"**

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische
Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Anlage DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger
Kongresslandschaft bewusst. **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen**

zusammen wie Hamburg und Hafen

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage DOK-03-4

**Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Böttsch**

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Anlage DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Anlage DOK-03-6

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission**

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-03-7

**Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92**

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8

24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

Anlage DOK-03-9

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-04-1

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001

Anlage DOK-04-2

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002

Anlage DOK-04-3

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003

Anlage DOK-04-4

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Anlage DOK-04-5

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05

Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:

Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1

Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche

> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980

Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress

Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal

Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal

Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD

in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich

1976-1979 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>

Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal

ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen

Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse

1980-1984 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Keynote Speaker > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>

ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf

3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990

ONLINE'81 Düsseldorf

4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'82 Düsseldorf

5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'83 Düsseldorf

6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation

ONLINE'84 Berlin

7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMM'84 Essen

Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer

1985-1987 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Keynote Speaker > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>

ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen

8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse

2.Deutsche Kommunikationsfachmesse

ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen

9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen

3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen

10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren

4.Europäische Congressmesse für Technische Automation

1988-1991 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5>

Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und

8 Workshop-Zentren

11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und

8 Workshop-Zentren

5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2

Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000

ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresses für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren

Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe

8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und ... Firmensymposien

Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)

19. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche

Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe

Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials

Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)

20. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how

Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe

Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge,

Firmensymposien und Tutorials

Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)

21. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how

Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe

Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,

Firmensymposien und Tutorials

Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)

22. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

2000-2003 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2>

Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how

Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe

Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,

Firmensymposien und Tutorials

Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)

23. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen

ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how

Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch

Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe

New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials

Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)

24. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how

Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum

Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe

Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,

Firmensymposien und Tutorials

Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers

25. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance

Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive

Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe

Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,

Firmensymposien und Tutorials

Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland

26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Congressbände mit ISBN-Nummer

Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen

Congressmessen von 1984 bis 1987

Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen

Congressmessen von 1987 bis 1990

Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen

Congressmessen von 1989 bis 1992

Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen

Congressmessen von 1993 bis 1995

Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen

Congressmessen von 1996 bis 1998

Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen

Congressmessen von 1999 bis 2001

Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003

NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF

Mehr Informationen in der Internet-Cloud

> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3

Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004

Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3

Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg

Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele

> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):

„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“

„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“

Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf>

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:

1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>

2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Anlage 3.52:

Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf>

Anlage 3.53:

Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -

Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf>

Anlage 3.54:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 -

Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf>

Anlage 3.55:

Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf>

Anlage 3.56:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf>

Anlage 3.57:

Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf>

Anlage 3.58:

Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf>

Anlage 3.59:

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005**Anlage 3.61:**

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Anlage 3.62:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und
Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche**Anlage 3.71:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht
professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Anlage 3.72:

Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf>

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort

Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf>

Anlage 3.74:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

**3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt****Anlage 3.81:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des
Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Anlage 3.82:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf>

Anlage 3.83:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf>

Anlage 3.84:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf>

Anlage 3.85:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf>

Anlage 3.86:

Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom
11.01.2010 -

Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf>

Anlage 3.87:

Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-
Glaubwürdigkeitsverlust stoppen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf>

Anlage 3.88:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag

Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:

Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des
Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige
Enteignung des innovativen Mittelstandes

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93:

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.94

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.95:

Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung

Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 3.96

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)

Hilfesauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen GEZ-Bescheid

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013

Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlage 4.01:

Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv

Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)

Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller

Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):

Congressband I Telekommunikation & Netze 2000

Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking

Congressband III Enterprise Networks & Call Centers

Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management

Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business

Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML

Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management

Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing

Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale

Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr

Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen

Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse

Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:

ONLINE Congressbände 1976-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb) infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.

5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014

5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014

5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566) zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)

Pet 1-17-09-703-005442

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie

Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015

Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE'84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor Dr. Günter Rexrodt

Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE'96 in Hamburg

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolgreiche Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung

Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes

Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter

13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben

Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung

Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.

14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:

Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .

das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat

Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung wird behindert?

16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,

Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,

Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG

Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014

17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:

Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung. Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.

Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.

18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.

Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.

In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.

19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung

Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz

Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:

Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers

mit dem weltweit größten Congressangebot

mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten

mit flächendeckender Besucherwerbung und

mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung

Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann

21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:

Professionelle Dokumentation

hochqualifizierter Zeitzegen in hochwertiger und umfassender Form

auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft

Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der

Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014

22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen

Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus

Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt

23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.

Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.

Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:

Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)

Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung

Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal

nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014

Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014

26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind , weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato

gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird

Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“

27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2a der Beklagten)

Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?

Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
 Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?
 28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
 (Punkt 2b der Beklagten)
 Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
 Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit einem professionell operierenden Unternehmen,
 mit einem exzellenten Lebenswerk,
 mit ansehnlichen Altersrücklagen
 Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
 29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
 Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
 März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
 Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
 Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
 Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
 Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
 Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
 Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
 Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalter mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
 30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
 Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
 Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
 Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend: Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
 32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
 Was wird denn eigentlich beklagt?
 Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
 > Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
 > Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
 33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
 Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
 Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:

Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden

35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers

Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird

36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist

sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen

Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG

Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden

2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)

38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG

Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung

39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG

40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato, an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte), ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.

Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014

Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011

41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten

Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert

Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .

Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde

im Rahmen des Prozesskostenhilfverfahrens

an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können

Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO

44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)

Mit Recht zurückzuweisen:

Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000

45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:

Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen

nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung

46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente

Rehabilitierung unverzichtbar, weil

nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,

sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind

47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.

Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen 13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)

48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:

Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution

Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen

International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen

49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und

Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung

Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami

Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)

Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei

Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)

51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:

Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert

53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)

**„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“**

54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa

55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus

56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .

57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . . und abschließender Rehabilitierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats

Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)

58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung

59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG

60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung

anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen

Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar

61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen

Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen

62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als

Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können

63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution

Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll

Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung

64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:

> Schläge in das Antlitz der Justitia

> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention

> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend

> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden

> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung

65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom

Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen

Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische

Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)

66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin. Situationsanalyse März 2017 mit Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung

67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten

Bundesregierung (Zerschlagung 1) und

unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)

und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)

(Zerschlagung 4) und

wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)

und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:

Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlichtung von Congress Themen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.

Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, siehe Anlage BVG-02):

Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)

Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.

Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3

Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei (1992) Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000

Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten

Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.

73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung

Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO

Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können

Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang

Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu

Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen

Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist

Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar

Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)

Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht

Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)

Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch

79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz

1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung

3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen

80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für

digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission

Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile

Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch

Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 107)

**Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des
Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am
31.08.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017**

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-
Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller
Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-
Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib- und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven
Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit
rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch
von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 144)

**Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer
Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit
Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017**

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher
Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch
motivierter Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende
und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen
Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen
Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtllichem Gehör zur staatlich
erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung
seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem
weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen
Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für
herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote
Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 178)

**Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme
zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld
nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000
EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten,
Zinsen, Gebühren . . .**

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher
Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
**Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte**
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von
rechtllichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter (Zerschlagung 5) für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden, für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4) für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge, für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2) für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung, für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre) auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)

87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forciertes Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex

PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend

Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des

Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für

Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:

Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlangeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &

Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter

Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren:

Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.

Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

System Deutschland ein Sanierungsfall?

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?

Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwangungshaft nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwangungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel

von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:

zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwangungshaft

zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:

Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken

Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:

Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG

Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, siehe Anlage 18-01

Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, siehe Anlage 18-02

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung

Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen

Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen

mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer **schleichenden Staatskrise**, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird

Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem

Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.

System Deutschland hat Sanierungsbedarf.

98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an

angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und

angemessener Schadenersatz

für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

mit Integration des Digital-Gipfels

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

mit politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**

mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit

durch gegenseitige Amtshilfe

durch gegenseitige Regierungshilfe

durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner

durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit

1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung

3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem **nachgewiesenen**

Mindestschaden von 100.000 €

Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13

mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer

Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit

extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre

bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner

Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach **Antrag auf Härteleistung** für Opfer extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung **mit Todesopfer** seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!

103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa: Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen

104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher

> Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks

105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde

Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und kapitalen Vermögensschäden

Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)

Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe:

Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und

mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW

"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen

Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem

Deckmantel von Erzwangshaft, ohne Haftbefehl, ohne

Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen

mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig

Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:

Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften

trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit

108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von

"Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur

Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)

Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders.

Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält

Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz wegen für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland.

vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,

vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe **mit Verlust eines Menschenlebens**, mit kapitalen Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt zu den Zusammenhängen von gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010 zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 180)

Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten

111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit **Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden**
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 243)

Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten

112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten

Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften
113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 285)

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort

114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998

Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten

Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:

Bundespräsident schweigt

Bundeskanzlerin schweigt

Freistaat Bayern schweigt

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt

Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik

trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)

trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers

116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:

Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu

erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,

Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens mit Zerschlagung der bayerischen Heimat mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft, mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.

118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen? Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion

Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt

Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!

Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?

Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:

Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005

Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten

Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar

Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch

Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000

zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik

zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines

Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden

120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will

keine öffentliche Stellungnahme abgeben

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere

Aufklärung

Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch

motivierter Sippenzerschlagung

Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale

Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser

Staatsanwaltschaft

Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne

Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz

Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu

ungeheuerlichen Vorgängen

politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:

abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher
Verfassungsbeschwerden (Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne
Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für
Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen
und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte
Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz
mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das
Zerschlagungsoffer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonten und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von **politisch
motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher
Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit
kapitalen Vermögensschäden**
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und
psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und
psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf
Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur
Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit

> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von
Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > **Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**
> **Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten
angemahnt im Interesse des Rechtsstaates**

122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu
sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation
im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen
Zwangsmassnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnahe
Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer
Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von
Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>
Scroll down after link (page 66)

**Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf
öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter
Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe
Härteleistungen**

123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!

Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach
beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingefordert
Sieh Presseinformation

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!

Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:

Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005

Gegen eine Mauer des Schweigens:

> *Deutscher Bundespräsident schweigt*

> *Bundeskanzlerin schweigt*

> *Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt*

> *Freistaat Bayern schweigt*

> *Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt*

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe zur

bundesweiten Sippenzerschlagung mit

*Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,
soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,*

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des

Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche
Stellungnahme des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 125)

**Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf
öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter
Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit
wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen**

125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!

Fehlanzeige, weil keine Antwort zu

wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine

Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und

hiermit gerichtlich beantragt

ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten

Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft

126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch
motivierten Zerschlagungen seit 2000

Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit

dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32

Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere

100.000 Congressbände

Profiteure der Zerschlagung:

Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF

Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt

Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche

Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine

Vergangenheitsbewältigung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 181)

**Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von
Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der**

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für

politisch motivierte Sippenzerschlagung

mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,

Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften

unter Weisung von

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.

Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur

Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten

wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik,

wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung

von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden

Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung

Perverser Missbrauch deutscher Justiz

für soziale und psychische Zerschlagung

Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften

hier in Kumpanei mit

Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:

Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht

im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung

mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und

mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von

Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto

mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 242)

**Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von
Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**

129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens mit

wiederholtem Antrag auf

Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für

Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998

(20 Jahre bitteres Unrecht)

Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

130. Missbrauch deutscher Justiz für

politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung

mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und

mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer)

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen

Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen

der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und wiederholter

Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz

131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft gedeckt mit Mauer des Schweigens

unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland

zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:

Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?

Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?

Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?

Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller Wiederaufbau seiner

Europäischen Congressmessen verweigert?

Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden

hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der

regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen

Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für

politisch motivierte Sippenzerschlagung

mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und

mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:

> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden

Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen

Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 296)

Schriftsatz vom 08.Aug.2019 mit Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum

Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.

132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem

Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens

Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2. Jan. 2019

mit wiederholter Erinnerung

an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen, an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitation, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheinbar bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitation !
Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitation und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann

Derart skandalös: Warum?

Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft

Politisch motivierte Zerschlagungen

nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter

Zerschlagungsopfer musste

scheinbar die ganze Wahrheit ausgraben

gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer

Rehabilitation ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht
Staatliches Unrecht ist das Resultat einer

kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998

mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger

Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter

134. > 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen

Menschenrechten gegen

Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)

> 8 Jahre Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz vor dem

Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens:

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungspolitik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter

> Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft

> Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft

> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen, Rundfunkperre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft

> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft

> Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft

135. > 75 Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg

70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten

21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

mit anschließender Umverteilung-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz

9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht!

Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist

Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungsverfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>

Schriftsatz vom 16.Feb.2020 mit Initiative einer rechtsanwaltlichen Vertretung

über juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten nach Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020 im sozialgerichtlichen Berufungsverfahren mit erbärmlichen Missbrauch von Sozialgesetzen für eine Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn

136. Statt Rehabilitierung und Schadenersatz: Erbärmlicher

Opferkriminalisierungswahnsinn der beklagten Bundesregierung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung

Verfassungsbeschwerde vom 30.Januar 2020 wegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn (Anlage VGB2020-01)

mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und

wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK)

mit Leugnen kausaler Zusammenhänge mit einer verfassungswidrigen und kriminellen Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft und verheerenden Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz

gegen eine Berliner Mauer des Schweigens, des Leugnens und des

Abschiebens mit verfassungswidrigen Urteilen und rechtswidrigen

Beschlüssen zur Einhaltung richterlicher Geschäftsverteilungspläne

137. Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten (Anlage VGB2020-02):

> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf

> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln

> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg

> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt

Antrag auf Stellungnahme und Prozesskostenhilfe durch Verwaltungsgericht Berlin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>

Scroll down after link (page 68)

Schriftsatz vom 26.Juni 2021 Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §146 VwGO gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021 (eingegangen am 16.06.2021) mit Verweis auf Entscheidungsgründe des Gerichtsbescheids vom gleichen Tage

138. Zerschlagungsoffer: „Bürger sind keine Untertanen“,

so auch Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).

> Seit 1998: Umverteilung von Digitalbranche zu Automobilbranche mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 skrupellos erzwungen.

Deutschland 2000: Digitale Spitzenstellung im globalen Vergleich

Deutschland heute: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa wegen politisch motivierter Zerschlagungen.

Von politisch motivierter Sippenzerschlagung zu politisch motivierter Sklavenhaltung

mit krimineller Umsetzung von Wahlkampf-Strategien einer skandalösen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,
mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungs-
Wahnsinn durch Täter/Opfer-Umkehr,
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:

> *Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005, heute Putin-Berater)*

> *Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier
(1999-2005, heute Bundespräsident)*

> *Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021 mit GroKo-Kabinetten)*

> *Bayerischer Staatsminister Markus Söder (2007-2018, heute
Ministerpräsident)*

Erdrückende Beweislage zu persönlicher Beteiligung der regierenden
Generation

139. Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort
(Sippenhaft mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung)

Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, enteignet, entrechtet
seit 1998

Ausgehobelt mit Monster Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Zerschlagung wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-

Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Abgehängt, ausgegrenzt und enteignet durch Kommunikationsverweigerung,
durch Einrichtung einer staatlichen Ersatzveranstaltung (Nationaler IT-
Gipfel, Digitalgipfel)

Entrechtet mit Erzwingung von Altersarmut bis zu Benutzungszwang eines
Pfändungsschutzkonto

mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung (Opfer wird zum Täter
gemacht durch Versagung von Schadenersatz, Rechtsstaat mit Sozialstaat
ausgehobelt)

Verruchte Methoden der NS-Justiz: Sippenhaft, Opferkriminalisierung,
Konzentrationslager.

Heute: Politisch motivierte Sippenzerschlagung, unverhältnismäßige
Opferkriminalisierung, politisch motivierte Sklavenhaltung mit Full-Time-
Überbeschäftigung durch verfassungswidrige Justiz, JVA-Service mit
psychischer Folter, Zerschlagung der Mobilität, Verstöße gegen das
Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EGMR) ohne
Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren

Entschädigungsanspruch:

Verwaltungsgerichtliche Entscheidung

24 mal angemahnt seit 2017

140. Faktenlage 2021: Politisch motivierte Zerschlagungen

mit Eskalation zu Sippenzerschlagung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung,

mit einer unverhältnismäßigen Opferkriminalisierung durch Täter/Opfer-
Umkehr (Opferkriminalisierungswahnsinn) mit Versagung der Anerkennung
kausaler Zusammenhänge

ohne Chance für die Opfer gegen staatliche Übergriffe einer skrupellosen
Haupttäter-, Mehrfachtäter- und Mittäter-Phalanx:

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik einer regierenden
Generation seit 1998,

über 20 Jahre bitteres Unrecht,

Politisch motivierte Sippenzerschlagung, mit Sippenhaft und
Opferkriminalisierungswahnsinn wie in der NS-Justiz,

mit politisch motivierter Justiz

mit best vernetzter Täter-Phalanx und

mit großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer

übergreifend, Generationen übergreifend,

mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit JVA-Service und psychischer Folter,
anstatt Konzentrationslager der NS-Diktatur,

mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (2
Todesopfer) und Nachlassinsolvenz in 2012,

mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu

Benutzungszwang zu diskriminierendem und diskreditierendem

Pfändungsschutzkonto ohne Dispo-Kredite und ohne Kreditkarte,

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

Am Geburtsort: Zerschlagung der bayerischen Heimat, von politisch motivierter Zerschlagung unter Hitler (mit Todesopfer, vorgetragen) zu politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder (mit Todesopfer, nachgewiesen)

Gesamtverantwortung aller Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx, weil untereinander bestens vernetzt!

141. Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit erdrückender Beweislage mit vernetzter Internet-Dokumentation, mit einem professionellen Verlagsservice von mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert), von Katalogen und Informationsbroschüren in zig-millionenfacher Auflage, Gerichte und Staatsorgane übergreifend,

am Bundesverfassungsgericht mit einer Vielzahl von Verfassungsbeschwerden seit 2010,

am Landgericht Wuppertal (2.Zivilkammer: 2 O 70/15, 2 O 163/16),

am Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer: VG 27 K 308.14),

am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer: 27 K 4325/18),

mit einer Vielzahl von Schreiben an Bundespräsidenten, Bundeskanzlerin, Bundestagspräsident

mit mehreren Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag

mit persönlicher Beteiligung von Ministerpräsidenten, EU-Kommissaren, Bundesministern, Staatssekretären und hochqualifizierten Wissenschaftlern am Lebenswerk des Zerschlagungsopfer, den

Europäischen Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz.

142. Am Geburtsort: Von politisch motivierter Zerschlagung unter Hitler zu politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

Alle Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx in BVERFG-2022 untereinander bestens vernetzt.

Ahnungslos: Die mit Zerschlagung 1 stigmatisierten Opfer der Sippenzerschlagung, die scheinbar gegen eine Mauer des Schweigens die Wahrheit aufdecken mussten.

Zerschlagung 2: Kreisverwaltung Tirschenreuth, Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich/Leonberg seit 1998, seit 2001 aus persönlicher Erfahrung Väter-Generation der Täter am Geburtsort: NSDAP-Mitglieder, Verstärkung rechtsradikaler NSDAP-Vernetzung durch sudetendeutsche Vertriebene mit Hitler-Sympathie ("Heim ins 3.Reich").

Neue Beweise für Sippenzerschlagung am Geburtsort in Bayern

(Zerschlagung 2) nach Anerkennung sudetendeutscher Vertriebener als 4.Volksstamm in Bayern, Zerschlagung der Heimat mit Hetzjagd bis in den Tod und bis zu Nachlassinsolvenz am Geburtsort

Alte NSDAP-Vernetzung: Generationen übergreifend, Parteien übergreifend (CSU, SPD, FW / Freie Wähler)

Unrecht gegen Sudetendeutsche in 1945 kann nicht mit Unrecht seit 1998 an einer deutschen Sippe nach NSDAP-Verfolgung vergolten werden:

Missbrauch einer Schirmherrschaft des bayerischen Ministerpräsidenten

CSU-Wahlstrategie: 40% plus X mit 4.Volksstamm, Niederschlagung von

zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag mit wahrheitswidriger Stellungnahme von Staatssekretärin Melanie Huml (heute Staatsministerin), Todesopfer mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012)

In Deutschland wird zerschlagen, was das Zeug hält: mit Wissen des Bundespräsidenten, mit Wissen der Bundeskanzlerin, und Sozialgerichte profilieren sich als "Müllverwerter" für verfassungswidriges Versagen anderer Gerichte in einem Land mit dem besten Grundgesetz der Welt.

Beklagter: Einziger Rechtsnachfolger des Todesopfers

143. Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Wohnort: Ohne Chance im freien Wettbewerb nach dem Monster-Markteingriff durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Qualifizierte Projektvorschläge für digitale Evolution vom Beklagten bis 2010 an Bundeskanzlerin, Bundesminister und Staatssekretäre:
Ohne Beantwortung, nicht einmal Empfangsbestätigung!!! Erdrückende Beweislage

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Bundesamt für Justiz und Kreisverwaltung Mettmann: Nachgewiesene Mittäterschaft seit 2006

Klagender Sozialversicherungsträger: Erbärmliche Mittäterschaft, Opferkriminalisierungswahnsinn seit 2010, seit über 10 Jahren keine Versicherungsleistungen mehr, verfassungswidriger Notlagentarif im Angebot abzulehnen, als Mittäter verantwortlich für mehrfache Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, für Rufmord

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Längst gerichtlich nachgewiesen, bis heute ohne Abschluss (27 K 4325/18 Verwaltungsgericht Düsseldorf)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

144. In Anlehnung an Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2020

Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot des Grundgesetzes gemäß Art.2 Abs.1 GG:

Rechtsstaatliche Prinzipien des Grundgesetzes

contra unverhältnismäßigem Opferkriminalisierungswahnsinn und Sippenhaft seit 1998,

contra Unverhältnismäßigkeit immaterieller Schäden mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens, mit Rufmord, mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Versagung von Rehabilitierung,

contra Unverhältnismäßigkeit materieller Schäden in Höhe eines 2stelligen Millionenbetrags mit Firmeninsolvenz am Wohnort, mit Nachlass-Insolvenz am Geburtsort, mit Versagung von Schadenersatz,

contra Unverhältnismäßigkeit von Orgien-artigen Exzessen von Gerichtsverfahren parallel zum Missbrauch von Rechtsanwendungen von Sozialgesetzen und Sozialgesetzbücher ohne Respektierung von Grundrechten und europäischen Menschenrechten,

contra Unverhältnismäßigkeit staatlicher Täter und ihrer Mittäter mit Staatsgewalt gegen ein Zerschlagungsoffer ohne Chance,

contra Unverhältnismäßigkeit der Opferkriminalisierung:

"Täter/Opfer-Umkehr" nach politisch motivierter Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden,

mit Todesopfer, mit Zerschlagung der Existenz-Grundlage, mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Rufmord, mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz und Leugnen von kausalen Zusammenhängen.

Unverhältnismäßiger Opferkriminalisierungswahnsinn:

Verstoß gegen Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot mit krimineller Durchsetzung einer heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter persönlicher Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 mit Immunitätsschutz

> trotz und wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa,

> trotz erdrückender Beweislage am Wohnort und am Geburtsort,

> gegen eine Berliner Mauer des Schweigens.

Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) mit qualifiziertem Rechtsbeistand

Initiative einer juristischen Unterstützung durch juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten und Relevanz für die Verfassungsbeschwerde gegen Opferkriminalisierungswahnsinn und gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung

Befehlsskette "Bundespräsident & Bundeskanzlerin, Bundeskanzleramt - Bundesamt für Justiz - Landratsamt": Längst nachgewiesen und Beweis für Überwachung der politisch motivierten Sippenzerschlagung offensichtlich durch Bundesamt für Justiz mit Unterstützung durch Staatsanwälte.

145. "Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland", so Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M., seit 2020 Präsident des Bundesverfassungsgericht.

„Erst recht nicht am größten Verwaltungsgericht in Deutschland“

Extrem rechtswidrig: Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und Missbrauch der verheerenden Folgewirkungen für eine kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft, Opferkriminalisierung, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, mit einer best vernetzten Täter-Phalanx
Zwei Schadenersatzverfahren am ordentlichen Gericht (2 O 70/15 und 2 O 163/16 Landgericht Wuppertal) aus einem Schadenersatzverfahren am Verwaltungsgericht Berlin mit Versagung von Prozesskostenhilfe abgebrochen, weil sich das Zerschlagungsoffer keine rechtsanwaltliche Vertretung mehr leisten kann

Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte muss man nicht lieben, aber respektieren, ganz besonders hier in diesem Verwaltungsrechtsweg
Nicht hinnehmbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und politisch motivierter Sklavenhaltung

ohne Zugang zum ordentlichen Rechtsweg und anschließender Niederschlagung im Verwaltungsrechtsweg

Nicht hinnehmbar, 24 Anmahnungen zur verwaltungsgerichtlichen Entscheidung als unzulässige Klageänderungen, Zusatzklagen u.a.m. zu bewerten und vorzutäuschen

Verfassungswidrig: Massiver Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK bzw. Art.1 Abs.1 GG und Art.2 Abs.1 GG iVm Rechtsstaatsprinzip

Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, weil kriminelle und kriminalisierende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik und Zerschlagungsjustiz seit 1998 andauert: **Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit best vernetzter Täter-Phalanx, unbeschreiblicher Unverhältnismäßigkeit und großem Schaden für Deutschland:**

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Sklavenhaltung mit orgienartigem Auswuchs von Gerichtsverfahren, parallel und hintereinander, seit 2011, an Verwaltungsgerichten, Ordentlichen Gerichten, Strafgerichten, Sozialgerichten, alle mit mehreren Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht, das von der Vielzahl der Verfassungsbeschwerden überfordert wird, weil Grundrechte nicht mehr respektiert werden.

Nicht mehr hinnehmbar, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §146 VwGO

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>

Scroll down after link (page 132)

**Schriftsatz vom 22.Juli 2021 an das Oberverwaltungsgericht:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §146 VwGO gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021 (eingegangen am 16.06.2021) mit Verweis auf Entscheidungsgründe des Gerichtsbescheids vom gleichen Tage**

146. Anstatt öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 1998, seit über 20 Jahre: Gericht macht sich mit Beschluss vom 04.Juni 2021 den Beschluss OVG 11 M 16.11 vom 25.Mai 2011 (vor über 10 Jahren) des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg im 1.Klageverfahren zu eigen

> mit längst widerlegten Argumenten und

> im Widerspruch zur 1.Klage VG 27 K 66.11 vom 11.03.2011

> im Widerspruch zur 2.Klage VG 27 K 308.14 vom 31.10.2014,

> mit Verweisung von Schadenersatz an das Landgericht Wuppertal,

> mit Aufteilung von 1 Schadenersatzverfahren auf 2 Verfahren,

- > mit Abbruch dieser 2 Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 und 2 O 163/16 am Landgericht (wegen Versagen von Prozesskostenhilfe)
- > mit Anerkennung des Verwaltungsrechtsweges für Rehabilitierung mit Schadenersatz gemäß den 2 am Landgericht abgebrochenen Schadenersatzverfahren in 2017
- > mit 24-maliger Anmahnung einer Entscheidung seit 2017 am Verwaltungsgericht Berlin
- > mit 11-maliger Anmahnung einer Entscheidung seit 2018 am Verwaltungsgericht Düsseldorf (VG 27 K 4325/18)
- > im Widerspruch zu einer erdrückenden Beweislage mit 2-stelliger Ordner-Anzahl mit zusätzlicher vernetzter Internet-Doku und
- > im Widerspruch zur Wahrheit, die scheinbar gegen eine neue Mauer des Schweigens in Berlin aufgedeckt werden musste
- > in Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag mit Verfassungsbeschwerden seit 2010
- > in Gerichtsverfahren gegen eine best vernetzte Täter-Phalanx bis zu Verfassungsbeschwerden seit 2011
- > an Verwaltungsgerichten Berlin, Düsseldorf und Regensburg
- > an Amtsgerichten Mettmann und Velbert
- > an Zivilkammern und Strafkammern des Landgerichts Wuppertal
- > am Sozialgericht Düsseldorf

Daher sofortige Beschwerde vom 26. Juni 2021 und Fortsetzung der Klage gegen eine best vernetzte Täter-Phalanx

147. Verfassungswidriger Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für kriminelle Durchsetzung von Wahlkampfstrategien seit 1998 (über 20 Jahre) mit brutaler Umverteilung und Zerschlagung von Personen, Familien, Sippen und Minderheiten, die dem Wahlsieger im Wege stehen, Wahl entscheidende Siegermehrheiten zu schaffen und mit verfassungswidriger Zerschlagung umzusetzen:

> > > Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Wohnort:

Bevorzugung der Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche durch „Autokanzler“ Schröder

mit Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers, weil Zerschlagung von digitalem Innovationswachstum in Deutschland der Autobranche nutzen sollte, erzwungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 und größtem Milliardengrab aller Zeiten (über 50 Mrd € für 25%-Loch im Bundeshaushalt) und anschließender Aussperrung und Entrechtung der Zerschlagungsopfer bis zu politisch motivierter Sklavenhaltung

> > > Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Geburtsort:

Vorteilbeschaffung für 4. Volksstamm in Bayern mit Ministerpräsidenten Markus Söder als Schirmherrn mit Todesopfer und mit Zerschlagung der Heimat

Kriminelle Durchsetzung der CSU-Wahlkampfstrategie 40% + X mit neu ernanntem 4. Volksstamm in Bayern (sudetendeutsche Vertriebene) auf Kosten der Zerschlagungsopfer

Aktivierung alter NSDAP-Seilschaften unter Hitler mit Sympathie für 4. Volksstamm in Bayern („Heim ins Reich“, unbewältigte NS-Vergangenheit) für Sippenzerschlagung am Geburtsort

148. Öffentliche Rehabilitierung unverzichtbar wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung

zu politisch motivierter Sippenzerschlagung,

zu politisch motivierter Sklavenhaltung

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend.

> mit hasserfüllter Abneigung der Staats- und Ministerialverwaltung, die sich angegriffen fühlt, weil zwischen Staatsorgan und leitender Person mit Immunitätsschutz in der Praxis nicht unterschieden wird, die „ihre“ Staatsorgane, „ihre“ Bundesministerien und „ihre“ Staatsministerien in Bund und Ländern „schützen“ wollen,

> mit hasserfüllter Abneigung der Mitarbeiter*innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der auf Intendanten-Ebene in die politisch motivierte Zerschlagungen involviert ist und einen nachgewiesenen Schaden von über 100.000 € verursacht hat, deren Intendanten de facto Immunitätsschutz

beanspruchen und erhalten,
 > mit hasserfüllter Abneigung der Mitarbeiter*innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die wie Sklavenjäger gegen das noch lebende Zerschlagungsoffer vorgehen, obwohl es noch keinen einzigen € Schadenersatz erhalten hat und nach wie vor ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, keine Kredite aufnehmen kann und auf eine rechtsanwaltliche Vertretung verzichten muss,
 > mit hasserfüllter Abneigung der Verwaltungsjustiz, weil Verfassungswidriger Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für kriminelle Durchsetzung von Wahlkampfstrategien seit 1998 (über 20 Jahre) mit brutaler Umverteilung und Zerschlagung von Personen, Familien, Sippen und Minderheiten nachgewiesen wird.
149. Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg OVG 11 M 16.11 (VG 27 K 66.11) vom 25.Mai 2011 (Anlage OVG2021-08) mit katastrophalen Auswirkungen
Verfassungswidrig: Massiver Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK, besonders am Verwaltungsgericht Berlin mit 24-maliger Anmahnung einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017 mit Rückgriff auf o.g. OVG-Beschluss von 2011 u.v.a.m.:
Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.
 mit unbeschreiblicher Unverhältnismäßigkeit und großem Schaden für Deutschland:
 Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
Gesamtverantwortung aller Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx, weil untereinander bestens vernetzt!
 Bundesverfassungsgericht will Abschluss aller Gerichtsverfahren der politisch motivierten Sippenzerschlagung, nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort, nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft und mit Respektierung der Grundrechte
Klagestand 2021 mit Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz in zweistelliger Millionenhöhe durch best vernetzte Täter-Phalanx
Nicht gelöst: Zerschlagung 1 unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland mit Motivation für eine best vernetzte Täter-Phalanx
Nicht gelöst: Zerschlagung 2 unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens (Todesopfer) und Zerschlagung der bayerischen Heimat am Geburtsort mit Nachlass-Insolvenz
Nicht gelöst: Zerschlagung 3 unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung
Nicht gelöst: Zerschlagung 4 unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 und mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und mit Anbieterung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs
Nicht gelöst: Zerschlagung 5 unter Verantwortung des Bundesamtes für Justiz (BfJ) und des Landratsamtes Mettmann mit unverhältnismäßiger Serie von Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann / Velbert seit 2011, mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit Opfer verhöhnendem Polizei-Einsatz, mit diskriminierendem und Ruf mordendem JVA-Service und psychischer Folter, mit kriminellen Hausfriedensbruch, mit diskriminierenden SCHUFA-Eintragungen, mit diskriminierendem Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto.
 Maximale Diskriminierung durch orgienartige Eskalation paralleler und hintereinander durchgeführter Gerichtsverfahren, betonierter Rufmord durch überlange Dauer mit politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten

Sippenzerschlagung und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 1998, politisch motivierte Sklavenhaltung nach Zerschlagung der Mobilität
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>
Scroll down after link (page 275)

Schriftsatz vom 06.Sept.2021 an das Oberverwaltungsgericht mit Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §146 VwGO gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021

150. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug. 2021 (1 BvR 1959/21) nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 26.Juni 2021 gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021 nach 24-maliger Anmahnung einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>
Scroll down after link (page 392)

Schriftsatz vom 12.Sept.2021 an das Verwaltungsgericht mit Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO an das Oberverwaltungsgericht wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §146 VwGO gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021

151. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug. 2021 (1 BvR 1959/21)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gemäß Anlage OVG2021-31 wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 26.Juni 2021 gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021 nach 24-maliger Anmahnung einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017
152. Mit 25.Anmahnung einer Entscheidung für das Zerschlagungsopfer nach 24 vergeblichen Anmahnungen seit 2017:

Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, enteignet, entrechtet und versklavt seit 1998

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

Weg mit der Berliner Mauer des Schweigens zu politisch motivierten Zerschlagungen!

Weg mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto mit SCHUFA-Eintragung, ohne Dispo-Kredit, ohne Kreditkarte und ohne gar nichts!

Weg mit Mobilitätsverhinderung in Deutschland, Europa und weltweit!

Schluss mit Opfer verhöhnender Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung durch skrupellose Sklavenjäger (öffentlich-rechtlicher Rundfunk, ehemaliger Sozialversicherungsträger)

Aufbruch jetzt mit Neuwahl des Deutschen Bundestags und endlich mit verwaltungsgerichtlicher Entscheidung für das Zerschlagungsopfer

Antragswiederholung auf Rehabilitierung und angemessenen Schadenersatz durch deutschen Staat, bayerischen Freistaat, Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Antragswiederholung auf angemessene Wiederaufbauhilfe mit europäischer Förderung für die Europäischen Congressmessen mit nachhaltigen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-20-1.pdf>

Scroll down after link